

Anzeigenpreise: z. Zt. Peltzelle 45 Pt. (1 mm 15 Pt.) Platzvorschrift 10% Aufschlag. Die Aufnahme erfolgt in der nächsternstehenden Nummer. -- Reklamationen nur bis 8 Tage nach Erscheinen zulässig. -- Belegexemplare nur auf Verlangen gegen Portobesatz. -- Für Fehler durch undeutliches Manuskript keine Haftung. Bei Einziehung durch Gericht od. l. Konkursverfahren fällt der berechn. Rabatt fort.

Bezugspreis Mark 4-- monatlich -- Anzeigenannahme: Berlin SW 48, Friedrichstraße 18, neben der Gärtnermarkthalle. -- Die Schleuderanzeigen sind von der Veröffentlichung ausgeschlossen. -- Der Auftraggeber gibt durch die Aufgabe des Inserats sein Einverständnis ab, Preise unter der Schleuderpreisgrenze der Verbände wegzulassen. -- Erfüllungsort Berlin-Mitte.

# Die Gartenbauwirtschaft

## Berufständische Wirtschaftszweigung des deutschen Gartenbaus

HERAUSGEBER: REICHSVERBAND DES DEUTSCHEN GARTENBAUES EV BERLIN NW 40 - VERLAG: GÄRTNERISCHE VERLAGS-GES. M. B. H. BERLIN SW 48

Nr. 96 | 41. Jahrgang der Verbandzeitung. | Berlin, Dienstag, den 30. November 1926 | Erscheint Dienstags u. Freitags | Jahrg. 1926

Aus dem Inhalt: Um die Existenz des deutschen Erwerbsgartenbaues! -- Die Reden im Reichstag. -- Stellung der Berufsvereine in Fällen wirtschaftlicher Notlage. -- Königsberger Kleinmarkterhältnisse. -- Die Abänderung der Preussischen Goldabgabenerordnung. -- Förderung der Gartenliebe. -- Die Notlage des Berufes erfordert Zusammenhalten. -- Aus der Fisch- und Tagespresse. -- Aus den Landesverbänden und Bezirksgruppen. -- Marktbeschaffenheit.

## Um die Existenz des deutschen Erwerbsgartenbaues!

Der gefährdete Gartenbau. -- Die Parteien zu dem Handelsabkommen.

### Die Reden im Reichstag.

**Deag (DRP), Abgeordneter: Meine Damen und Herren!** Schon von den verschiedensten Seiten ist auf eine gewisse Mangelhaftigkeit auch dieses Abkommens mit Frankreich hingewiesen worden. Ich selbst möchte nun das Abkommen in erster Linie vom Gesichtspunkt der Landwirtschaft, insbesondere der Kleinlandwirtschaft Südwestdeutschlands aus betrachten und nun da leider feststellen, daß, wie bei einer ganzen Reihe von Verträgen, die wir schon hier durch das Hohe Haus haben gehen sehen -- auch bei diesem Abkommen -- gerade diese südwestdeutsche Kleinlandwirtschaft es gewesen ist, auf deren Kosten abgeschlossen worden ist.

Waren es bei dem Abkommen mit der Schweiz hauptsächlich Obst, Milch und Wolleerzeugnisse, die nicht genügend berücksichtigt wurden, so sind es hier neben dem Obst, insbesondere die Erzeugnisse des arbeitsintensiven Spargels der deutschen Landwirtschaft, des deutschen Gartenbaues, die preisgegeben wurden, was sich insbesondere bei Frankreich mit seiner Unterzahl noch verheerender auswirken muß als bei den anderen Staaten, die dem deutschen Gartenbau an und für sich schon eine sehr schwere Konkurrenz bereiten. Es mag ja wohl gesagt werden, daß auch hier nicht unter die Güte zum Beispiel von Italien gegangen worden ist; aber der Gartenbau hat noch nie einen Zweifel darüber gelassen, daß er sonst schon schwer geschädigt ist und andere Mittel noch notwendig sind, um seine Förderung, sein Gedeihen und überhaupt sein Bestehen möglich zu machen. Das ist schon allseitig anerkannt worden. Auch von der Reichsregierung wurden Mittel zur Verfügung gestellt, die eine Förderung des deutschen Gartenbaues bewerkstelligen sollen. Hierin liegt, meines Erachtens, in gewisser Hinsicht bereits eine Anerkennung dessen, was ich vorhin gesagt habe, nämlich daß man dem deutschen Gartenbau bei den bis jetzt abgeschlossenen Verträgen, insbesondere mit Italien, Holland und Belgien, schon etwas zu nahe getreten ist.

Um nun einer unrationellen Zersplitterung der zur Verfügung gestellten Mittel vorzubeugen, wurden diese Mittel zu einer großzügigen Förderung der deutschen Frühgemüsekultur zusammengelassen. Es ist durch die Zusammenarbeit des deutschen Gartenbaues mit der in Betracht kommenden Industrie, dem Gewächshausbau und der Maschinenindustrie gelungen, zu erreichen, daß das Unternehmertum deutschen Gartenbaues bis zu 50 Prozent verbilligt werden konnte gegenüber den Preisen, die letzter in dieser Hinsicht angelegt werden mußten.

Man ist durch Kapitalisierung zu einer Vereinfachung und Verbilligung gekommen. Die hier in die Wege geleiteten Maßnahmen bedeuten zunächst für die Industrie und ihre Arbeiterschaft einen Aufschlag von 3 Millionen Mark plus der vom Gartenbau selbst für diesen gleichen Zweck aufzubringenden Mittel. Dazu kommt die Möglichkeit, einen großen Teil der bisher für Frühl- und Spargel sowie für Blumen aufzubringenden Summen zu ersparen, beziehungsweise für die eigene Volkswirtschaft nutzbar zu machen.

Wenn nun vielleicht eingewendet wird, daß durch die Zurückdrängung der Einfuhr von Gemüse, auch von Fleisch und Wurstmehl aus dem Ausland, die Versorgung des deutschen Volkes mit den so notwendigen Nährstoffen und Lebensmitteln gefährdet sei, so ist demgegenüber zu sagen, daß durch die Ausdehnung der Produktionsstätten, durch Aufnahme der Frühgemüsekultur einerseits und durch die Verbesserung der Aufbewahrungsmethoden andererseits in dieser Hinsicht keinerlei Bedenken bestehen. Das Ganze ist eine Frage der Rentabilität, und diese erscheint gesichert, wenn der deutsche Treiber die Erzeugnisse zusammenbringt. Das ist aber nur möglich, wenn die Beschaffenheiten der Produktionsbedingungen besser ausgeglichen werden, als es letzter der Fall war. Bei der Verknappung des deutschen Grund und Bodens ist sorgsam darauf zu achten, daß gerade die arbeitsintensivsten Zweige der deutschen Landwirtschaft -- und dazu gehört der deutsche Gartenbau -- gepflegt und geschützt werden. Alle Welt erkennt ja heutzutage

die Notwendigkeit der Züchtung neuer, die Züchtung ist logischer ein Zeitschlagwerk geworden, und wir sind die Letzten, die ihre Be-

deutung für unsere Lebensmittelförderung, für die Sicherung unseres Volkstums und Staates, insbesondere im Osten, verstehen. Aber in erster Linie handelt es sich doch darum, das vorhandene zu erhalten und zu sichern, und wenn darüber hinaus noch durch Aufnahme und Förderung der Frühgemüse- und Blumenkultur ein bis zwei weitere Ernten auf gleicher Fläche eingeschaltet werden können, so bedeutet dies eine erhebliche Erweiterung unseres Nahrungs- und Genussmittelsraumes, die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten und die Möglichkeit der Neubesiedlung auch im bedrohten Westen, insbesondere am Rhein.

Ich glaube sagen zu dürfen, daß die Ausführungen des deutschen Gartenbaues in diesem Jahre, insbesondere die Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung in Dresden, gezeigt haben, was der deutsche Gartenbau zu leisten vermag. Auch in Berlin hat sich laut „Vollständiger Zeitung“ der Herr Oberbürgermeister noch anlässlich der Herbstblumenschau sehr merkwürdig über die Leistungen des deutschen Gartenbaues ausgesprochen und erklärt, daß ihm gehalten werden müsse, was wir aber hier nur und selten, ist allerdings das Gegenteil von Dille.

Ingefaßtes der wirtschaftlichen Möglichkeiten, die gerade in der Förderung der Gartenkultur liegen, möchte ich dem Herrn Reichsarbeitsminister -- er ist allerdings leider nicht anwesend -- anheimstellen, sich mit dem Herrn Minister für Ernährung und Landwirtschaft an diesen ausgiebigen Maßnahmen zu beteiligen und etwa einen Teil der für produktive Erwerbslosenfürsorge vorgesehenen Mittel hier mützlich produktiv anzusetzen. Das Ganze hat natürlich keinen Zweck und Sinn, wenn andererseits durch eine verfehlte Handelsabmachung das verschlagen wird, was auf der einen Seite durch Förderung vielleicht gutgemacht würde.

Deswegen des Obstes, das ja gerade auch beim Verkehr mit Frankreich in Betracht kommt, ist das gleiche zu sagen wie bei der Schweiz. Insbesondere ist zu bemängeln, daß im Abkommen mit Frankreich auch die unfeliche Verpackungssituation zugestanden worden ist, das heißt, die Möglichkeit gegeben worden ist, daß Tafelobst zum Postobst verzollt nach Deutschland eingeführt werden kann. Wohl ist im Handelspolitischen Ausschuss demgegenüber worden, daß die Möglichkeit besteht, auf diese Art Tafelobst unbeschädigt über die Grenze zu bringen. Ich möchte hier kurz auf eine Äußerung eines Vertreters des Fruchtgroßhandels hinweisen, die der betreffende Herr in meiner Gegenwart bei einer Tagung der Obstinteressenten im Reichswirtschaftsrat getan hat. Dort hat der Vertreter des Fruchtgroßhandels, als ihm von abstrakter Seite vorgehalten wurde, warum der Fruchtgroßhandel die angeborenen Mengen von ausländischem Obst auf den deutschen Markt werfe, wo doch in Deutschland im allgemeinen bei dem Stand der deutschen Obstzucht der Markt von Deutschland versorgt werden könne, erklärt, persönlich liege dem Fruchtgroßhandel nichts am Auslandsobst, aber sie seien Geldgötter und machten die Geschäfte da, wo sie sie machen könnten; wenn ihnen nun die Gelegenheit die Möglichkeit böte, der Zollbehörde ein Schnippchen zu schlagen, wer wolle es ihnen verübeln!

Auch von Regierungsseite wurde im Handelspolitischen Ausschuss die Meinung vertreten, daß der Tafelobstbau in Deutschland doch nicht durch eine ungemessen hohe Tafelobsteinfuhr aus dem Ausland beeinträchtigt werden könne. Man scheint bei der Regierung der Ansicht zu sein, als hätten wir selbst keinen Edelobstbau von Bedeutung. Demgegenüber möchte ich doch feststellen, daß wir schon längst in Deutschland in den verschiedensten Gegenden ausgeprägten Erwerbsobstbau- und Edelobstbaugebiete haben und daß wir Weingärtner darüber hinaus auch längst, ehe uns die Notlage und Aufforderung hierzu von der linken Seite gekommen ist, das für den Weinbau nicht sehr geeignete Gelände in Tausenden von Hektaren auf Edelobstbau umgestellt haben.

Aber diese ausgiebige Entwicklung des deutschen Obstbaues und insbesondere des Edelobstbaues ist zur Stagnierung verurteilt, wenn dem Handel seitens der Gesetzgebung die Möglichkeit gegeben wird, der Zollbehörde ein Schnippchen zu schlagen. Dadurch wird der deutsche Obstbau, insbesondere der Edelobstbau auch im Weinbaugbiet, aufs schwerste gefährdet und in seiner Entwicklung unendlich gehemmt.

Wollen wir dem gegenüber, wie das Ausland bemüht ist, seinen Obstbau zu fördern und zu schützen? Ich erinnere nur an das Beispiel von Ungarn. Dort ist man auch darauf gekommen, daß eine zu große Regierungspolizei durch Sachverständige Maßnahmen in die Wege geleitet, um für die einzelnen Gebiete, die insbesondere auch Edelobst erzeugen, die weichen Sorten, die für die Ausfuhr am besten geeignet sind, zu pflanzen und ihren Anbau zu fördern. Es werden dort auf Regierungskosten alle Obstbäume, die diesen Anforderungen nicht entsprechen, umverpflanzt. Es wird die Ausfuhr gefördert, indem die Regierung für die Verpackung ein Viertel der Kosten trägt. Sogar wir gegenüber dieser Förderung, wie sie auch Bulgarien und andere Staaten in Aussicht nehmen, nun das, was wir hier in Deutschland an „Förderung“ -- in Klammern und Gänsefüßen genannt -- zu verzeichnen haben, so erscheint uns dieses Abkommen gerade vom Gesichtspunkt des Obstbaues aus besonders bedenklich.

Alles dies veranlaßt uns, dem aus vorliegenden Abkommen in dieser Form unsere Zustimmung zu verweigern. Wir hoffen, daß Gelegenheit sein wird, der Regierung auch sonst noch nahezuweisen, daß wir beim Abschluss von Verträgen eine bessere Förderung insbesondere der bedrohten kleinlandwirtschaftlichen Betriebe der Westmark und am Rhein ermarren.

**Meier (Hannover) (SPD), Abgeordneter:** Meine Damen und Herren! Mit Rücksicht auf die Geschäftslage des Hauses werde ich mich auf einige kurze Bemerkungen beschränken. Ich habe namens meiner Fraktion zu erklären, daß wir das Handelsabkommen mit Frankreich ablehnen müssen. Wir werden das deshalb tun, weil nach unserer Auffassung die Lage der Landwirtschaft herabsetzt ist, daß sie auch einen solchen Handelsvertrag nicht ertragen kann.

Was uns hinsichtlich des Abkommens mit Frankreich desmißlich in die Zukunft sehen läßt, ist das Verhältnis zum Obst- und Gemüsebau. Wir sehen in dem Abkommen eine schwere Gefährdung des Obst- und Gemüsebaues. Schon an anderer Stelle ist hier gesagt worden, daß wir über die 1/2 Milliarde Mark Obst und Gemüse aus dem Ausland einführen, und es gibt wohl niemand in Deutschland, der nicht der Auffassung ist, daß das deutsche Volk sich diese halbe Milliarde selber verdienen könnte. Man redet immer davon, daß wir auf landwirtschaftlichem Gebiete intensiver wirtschaften sollen; die größte Intensivierung, die es gibt, ist doch wohl der Gemüsebau. Wenn Sie aber den Gemüsebau in Deutschland fördern wollen, dann ist die erste Vorbedingung, daß auch eine gewisse Rentabilität vorhanden ist, und diese Rentabilität ist in Deutschland heute nicht vorhanden. Ich habe in letzter Zeit in meiner hannoverschen Heimat, in Sarcedo bei Lüneburg, wo seit Jahrhunderten ein intensiver Gemüsebau betrieben wird, beobachtet können, wie die Gemüsebauern dort geradezu zur Verzweiflung getrieben werden. So schlecht ist die Lage der Gemüsebauern dort noch niemals gewesen; in all den langen Jahren in der Vergangenheit war die Lage nicht so schlecht wie gerade in diesem Jahre. Wenn hier nicht eine Einwirkung von oben her erfolgt, wenn wir nicht die Wirtschaftspolitik in Deutschland ändern und wenn wir nicht eine andere Einstellung zu den Handelsverträgen finden, als wir sie bisher gefunden haben, dann geht der Gemüsebau in Deutschland ruhmlos kaputt.

Alle schönen Reden über Rettung von Obst- und Gemüsebau und Rettung der Landwirtschaft nützen nichts mehr. Wir leiden unter der wahllosen Auslandskonkurrenz, und ich gebe zu, daß ein großer Teil Schuld daran die Einstellung des Publikums trägt, das mit Vorliebe die Auslandsware bevorzugt. So sehr notwendig es ist, gegen diese falsche Einstellung des Publikums anzukämpfen,

haben wir die Pflicht, durch die Gesetzgebung über die Handelsverträge das für zu sorgen, daß dem Auslandsobst und Auslandsgerichte nicht Tür und Tor geöffnet wird, um zu den verhängnisvollen Subventionen zu kommen, zu denen wir gekommen sind. Wir sind alle von der Notwendigkeit der Züchtung überzeugt.

Wenn wir stehen wollen, wird vor allen Dingen auch der Gemüsebau rentabel gemacht werden müssen, denn ohne rentablen Gemüsebau ist in Deutschland ein Fortschritt auf dem Gebiete der Züchtung gar nicht möglich. Ich möchte deshalb wünschen, daß mit der bisherigen Handelsvertragspolitik, wie sie bisher im Deutschen Reich geübt wurde, Schluss gemacht wird. Wir sind der Meinung, daß dieser Vertrag einer von denen ist, der wieder einmal auf dem Rücken der Landwirtschaft geschlossen ist, und deshalb lehnen wir ihn ab.

**Gesmann (Köln) (Z), Abgeordneter:**

Meine Damen und Herren! Wenn das provisorische Handelsabkommen mit Frankreich auch nur ein Provisorium darstellt, das mit dem 21. Februar nächsten Jahres endet, so ist es doch schon mit Rücksicht darauf, daß es wahrscheinlich die Grundlage für den nachfolgenden endgültigen Handelsvertrag mit Frankreich abgeben wird, von weittragender Bedeutung für den deutschen, aber vor allem für den rheinischen Obst- und Gemüsebau. Gerade der rheinische Obst- und Gemüsebau ist der Auslandskonkurrenz am stärksten ausgesetzt, er wird in erster Linie von dem Preisdruck aus den benachbarten Märkten mitgenommen. Das uns vorliegende provisorische Abkommen weiß gegen das Abkommen vom 19. Februar dieses Jahres weitgehende Mängel auf. In dem damaligen Abkommen war ein Kontingent von 27 000 Doppelzentnern Gemüse festgesetzt. In dem jetzigen Vertrage ist eine Kontingentierung nicht vorgesehen. Wir haben demnach eine unbeschränkte Obst- und Gemüseinfuhr sowohl der Menge wie der Zeit nach von Frankreich zu erwarten. Die Festsetzung des damaligen Kontingents hat gezeigt, wie stark die Gemüseinfuhr von Frankreich einsehen wird, denn schon nach ganz kurzer Zeit war das Kontingent erschöpft, und es mußte eine Reservenquote gemacht werden. Ferner ist zu berücksichtigen, daß die Obst- und Gemüseinfuhr aus Frankreich im Jahre 1925 131,9 Prozent mehr betragen hat als zu Vorjahreszeiten. Das wichtigste ist aber, daß man

in dem Abkommen Frankreich die Reichsbegünstigung eingeräumt hat, und wenn schon die Zollsätze, die wir früher mit anderen Ländern, besonders mit Italien, mit Holland und auch Spanien vereinbart haben, für die Landwirtschaft zu niedrig, ja fast unerschwinglich waren, so müssen wir sagen, daß durch die Einräumung des Reichsbegünstigungsrechtes an Frankreich durch seine (schwachen und niedrigen) Saluta der Wert der früher mit anderen Ländern vereinbarten Zollsätze noch stark herabgedrückt wird. In dem Vertrag ist ja bei einzelnen Positionen diesem Umstand schon Rechnung getragen worden, indem man Zollsenkungen eingelegt hat, zum Beispiel für Kefel. Aber wir müssen doch erwarten, daß solange die französische Salutarie ausbaut, auch Zollsenkungen für andere wichtige Gemüsearten, die Frankreich nach Deutschland liefert, vorgesehen werden.

Es ist hier schon oft erwähnt worden, daß es gerade der Kleinobst ist, der sich mit dem Obst- und Gemüsebau beschäftigt, und so ist es auch im Rheinland. Gerade dort herrscht die intensivste Kultur in den Kleinbetrieben. Es ist dort so, daß sich auf vier bis fünf Morgen Obst- und Gemüsebau eine ganze Familie ernährt. Unsere Obst- und Gemüsebauern wissen auch genau, daß ihre Existenz nicht nur von dem Zoll abhängt, sie sind davon überzeugt, daß sie auch in ihrem eigenen Betriebe Maßnahmen treffen müssen, die geeignet sind, die Produktion zu erhöhen, sie sind bestrebt, das Gemüse früher auf den Markt zu bringen, fernere dem Geschmack des Publikums mehr entgegenzukommen durch eine bessere Sortierung und durch eine bessere Verpackung. Aber was nützen all diese Maßnahmen?

Meine Damen und Herren! Meine politischen Freunde werden dem Handelsabkommen zustimmen. Sie werden sich aber für den endgültigen Handelsvertrag jede Stellungnahme vorbehalten, und wir möchten der Regierung auch sagen, wir erwarten, daß den landwirtschaftlichen Verlagen in dem kommenden Handelsverträge genügend Rechnung getragen wird. (Bravo! im Zentrum.)